

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> . . . . .	1
I. Gegenstand und Zweck der Untersuchung . . . . .	1
II. Methodisches Vorverständnis . . . . .	25
III. Stand der Forschung . . . . .	26
IV. Gang der Untersuchung . . . . .	29
<b>Erster Teil Probleme des modernen Parlamentarismus im historisch-politischen Kontext</b> . . . . .	31
A. Entwicklungstendenzen des modernen Parlamentarismus . . . . .	33
I. Typologie . . . . .	33
1. Zwei Haupttypen der ständischen Verfassungen in Europa . . . . .	33
2. Modernes Parlament: Amalgamierung . . . . .	33
II. Vorgeschichte der parlamentarischen Repräsentation . . . . .	36
1. England . . . . .	43
2. Frankreich . . . . .	47
3. Amerika . . . . .	51
4. Deutschland . . . . .	58
5. Schweiz . . . . .	60
a) Vorgeschichte . . . . .	60
b) Gründung des schweizerischen Bundesstaates – Einführung des Zweikammer-Systems . . . . .	61
III. Kontinuierliche Diskursgeschichte . . . . .	63
1. Idealistisches Parlamentarismusverständnis . . . . .	63
2. Balance zwischen Tradition und Fortschritt . . . . .	65
3. Politische Parteien: Instrument der demokratischen Willensbildung . . . . .	67
B. Legitimationsprobleme des demokratischen Parlamentarismus in der Zwischenkriegszeit . . . . .	71
I. Rechtsgeschichte der Zwischenkriegszeit: Eigentümliche Parallelen . . . . .	71
1. Weimar: Überforderte Republik . . . . .	71
2. Krise der Sozialpolitik – politische Blockaden . . . . .	72
3. Gescheiterte Plebiszite . . . . .	73
4. Fazit . . . . .	73
II. Deutsche Staatsrechtslehre: Der Methoden- und Richtungsstreit . . . . .	74
1. Mangel eines konsensfähigen Demokratiekonzepts . . . . .	75
a) Methoden- und Richtungsstreit: Kritik am Rechtspositivismus . . . . .	76
b) Kritik am Weimarer System: Parlamentarismuskritik . . . . .	80
2. Ideologischer Dogmatismus . . . . .	81
a) Politischer Desintegrationsprozess . . . . .	81
b) Besonderes Problem: Statisches Rechtsdenken . . . . .	81
III. Carl Schmitt und Hermann Heller . . . . .	82
1. Kritik von «rechts»: Carl Schmitt . . . . .	82
a) Parlamentarismuskritik . . . . .	82
b) Identität von Regierenden und Regierten . . . . .	83
c) Ablehnung jeglicher pragmatischen Korrektur . . . . .	84

2. Kritik von «links»: Hermann Heller . . . . .	86
a) Methodischer Neuansatz: Staatslehre als Wirklichkeitswissenschaft . . . . .	87
b) Staatstheoretisches Konzept . . . . .	88
c) Staat als organisierte Entscheidungs- und Wirkungseinheit . . . . .	89
d) «Sozialer Rechtsstaat» als Instrument sozialer Integration: Notwendigkeit parlamentarischer Repräsentation . . . . .	92
e) Reaktion auf die Krise des integrativen Staates: Verfassungsreform . . . . .	94
IV. Ständische Experimente – gescheiterte «Dritte Wege» . . . . .	96
V. Bonner Republik: System des «reinen Parlamentarismus» . . . . .	98
C. Fazit: Kontinuität in der Parlamentarismuskritik . . . . .	102
<b>Zweiter Teil Grundlagen und Begriffe . . . . .</b>	<b>105</b>
A. Verfassungsstaat im Geflecht der internationalen und europäischen Beziehungen . . . . .	107
I. Handlungsmöglichkeiten des Staates und des Parlamentes . . . . .	108
1. Interdependenz als rechtlicher Normalzustand . . . . .	108
2. Verfassungsstaatliches Gefüge unter Anpassungsdruck – Auswirkungen auf das Gewaltenteilungsprinzip . . . . .	110
3. Innerstaatliche Konsensfindung als Problem . . . . .	115
II. Realistisches Verfassungs- und Parlamentsverständnis . . . . .	117
B. Souveränität, Legitimität und Repräsentation im nationalstaatlichen, europäischen und internationalen Kontext . . . . .	118
I. Souveränität im Wandel . . . . .	120
1. Entgrenzungssphänomene – struktureller Zwang zur Kooperation . . . . .	123
2. Entgrenzung der Politik – Stärkung der Stellung des Individuums im Staat . . . . .	126
3. Regulierung der Entgrenzungs- und Privatisierungsfolgen . . . . .	128
4. Menschen- und bürgerorientiertes Souveränitäts- und Legitimitätsverständnis – Flexibilisierung des grundgesetzlichen Demokratieprinzips . . . . .	129
II. Legitimationsbedürftige demokratische Herrschaft . . . . .	132
1. Legitimationsgrundlage der Verfassung: Selbstbestimmung der Menschen . . . . .	135
2. Struktureller Zwang zur Kooperation – Relativierung der staatlichen Souveränität . . . . .	137
3. Funktionsverschiebungen im staatlichen Verfassungsgefüge . . . . .	144
4. Verschiebung der Legitimationserfordernisse . . . . .	146
III. Menschen- und bürgerorientiertes Souveränitäts- und Legitimitätsverständnis . . . . .	148
1. Menschenwürde als notwendiges (normatives) Strukturelement . . . . .	148
2. Mensch als Grund und Grenze jeder menschlichen Gemeinschaft und Rechtsordnung . . . . .	149
3. Parlamentslegitimation: Demokratische Legitimation als Garantiefunktion des Gesetzes . . . . .	150
a) Demokratieprinzip . . . . .	150
b) Parlamentarische Repräsentation als Verwirklichung der Volkssouveränität . . . . .	150
c) Repräsentative Demokratie in modernen Grossflächenstaaten . . . . .	153
4. Rückführbarkeit staatlicher Entscheidungen auf das pluralistische Staatsvolk . . . . .	153
C. Handlungsfähigkeit des pluralistischen Staatsvolkes durch demokratische Repräsentation . . . . .	158
I. Demokratische Repräsentation . . . . .	159
1. Repräsentationsbegriff . . . . .	160
2. Parlamentarische Repräsentation . . . . .	171

a)	Parlament als Repräsentationsorgan . . . . .	172
b)	Parlamentarische Repräsentation als politische Gestaltungsaufgabe . . . . .	175
c)	Öffentliche Beratung und Entscheidung . . . . .	179
3.	Parlamentsbeteiligung am Prozess der Europäisierung und Internationalisierung . . . . .	180
II.	Parlament als Organisationsgesetzgeber . . . . .	181
1.	Demokratische Willensbildung . . . . .	182
2.	Repräsentation als demokratische Arbeitsteilung (Gewaltenteilung) . . . . .	183
3.	Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen . . . . .	186
III.	Parlamentarische Gesetzgebung: Komplexer, arbeitsteiliger Prozess . . . . .	188
1.	Hoher Anteil von Regierung und Verwaltung – begleitende und mitwirkende Kontrolle des Parlaments . . . . .	188
2.	Wahrnehmung der Kontrollverantwortung . . . . .	189
3.	Notwendigkeit politischer Kompromisse . . . . .	190
D.	Demokratische Legitimation im Mehrebenensystem . . . . .	191
I.	Mehrebenen-Demokratie: Legitimationsprobleme . . . . .	192
1.	Bundesstaatliche Ebene . . . . .	194
2.	Europäische Ebene . . . . .	196
3.	Internationale Ebene . . . . .	197
II.	Realitätsgerechtes Legitimationsmodell: Pluralismus der Legitimationsquellen . . . . .	198
1.	Beteiligung mehrerer Akteure am arbeitsteiligen Legitimationsprozess . . . . .	199
2.	Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen (institutionelle Arrangements) . . . . .	199
III.	Demokratischer Verfassungsstaat im Dienste der Menschen . . . . .	201
1.	Delegation demokratischer Herrschaft an das Parlament . . . . .	201
2.	Demokratische Herrschaft: Schutz und Ermöglichung der Freiheit . . . . .	201
<b>Dritter Teil Veränderungen und Anpassungen</b> . . . . .		203
A.	Neue Rahmenbedingungen staatlichen und parlamentarischen Handelns . . . . .	203
I.	Globalisierung: Veränderung der Handlungsmöglichkeiten des Staates . . . . .	203
1.	Emanzipation der Politik vom Staat . . . . .	204
2.	Trend zu Netzwerken transnationaler Verwaltungskooperation . . . . .	204
3.	Logik der internationalen Ordnung: Kooperation der Staaten . . . . .	205
II.	Veränderte Realfaktoren . . . . .	206
1.	Geographische, soziale und rechtliche Entgrenzungen und Vernetzungen . . . . .	206
2.	Kontextuelles Modell parlamentarischer Demokratie . . . . .	208
III.	Mangelnder politischer Konsens als Ursache des Reformstaus? . . . . .	210
1.	Gleichzeitigkeit von institutionellen und strukturellen Reformen . . . . .	210
2.	Hoher Reformbedarf – hohe Legitimationslast . . . . .	211
3.	Konsensbeschaffung als Problem – Verhandlungsdemokratie als Realität . . . . .	214
IV.	Konnex zwischen Steuerung, Kontrolle und Legitimation: Flexibilisierung der Demokratiekonzepte . . . . .	216
1.	Normative Legitimation – Legitimität als gesellschaftliche Anerkennung . . . . .	217
2.	Demokratisch legitimiertes Parlament mit genuin politischer Gestaltungsaufgabe . . . . .	217
3.	Schwierige Definition dieser politischen Gestaltungsaufgabe . . . . .	218
B.	Wandel der Staatsaufgaben und -funktionen . . . . .	218
I.	Offene Staaten unter weltwirtschaftlichem Anpassungsdruck . . . . .	219
1.	Staaten im internationalen Standortwettbewerb . . . . .	219

2. Komplexes Mehrebenensystem aus Nationalstaat, EU und (Welt-) Gesellschaft . . . . .	221
3. Staatliche Rahmenbedingungen unter europäischem und internationalem Anpassungsdruck . . . . .	222
a) Internationales und europäisches Wirtschafts- und Finanzmarktrecht . . . . .	223
Zur internationalen Ebene: . . . . .	223
Zur europäischen Ebene: . . . . .	224
b) Trias: Standortwettbewerb – Systemwettbewerb – Regulierungswettbewerb . . . . .	225
c) Staatliche Ordnungspolitik als Orientierungshilfe . . . . .	228
II. Staat als Partner – mangelnde Organisation von Gerechtigkeit als Legitimationsproblem? . . . . .	229
1. Kooperativer Staat – Sicherung und Erweiterung seiner Handlungsfähigkeit . . . . .	229
2. Vorrangige Strukturverantwortung des Parlamentes als Organisationsgesetzgeber . . . . .	231
3. Neupositionierung des Staates – Mobilisierung von Konsens . . . . .	232
4. Kooperationsfähige und -willige Staaten – Salz des kooperativen Völkerrechts und der Kooperation mit Privaten . . . . .	234
C. Anpassungsprobleme . . . . .	235
I. Partielle Steuerungsschwächen des Parlamentsgesetzes – Legitimationsprobleme parlamentarischen Handelns . . . . .	235
II. Akzentverschiebung in der Steuerungsdebatte . . . . .	236
1. Partielle Steuerungsschwächen des Parlamentsgesetzes . . . . .	237
2. Gründe der Steuerungsschwächen . . . . .	238
3. Steuerung durch Verfahren und Organisation . . . . .	239
4. Ordnungspolitische Gesamtentscheidung . . . . .	240
III. Europäische Dimension . . . . .	242
1. Binnenmarkt als Fundament des europäischen Integrationsprozesses . . . . .	243
2. Möglichkeiten differenzierter Integration und Legitimation . . . . .	245
3. Hauptpunkte des «Vertrags von Lissabon» der EU vom 13. Dezember 2007 («Reformvertrag») . . . . .	247
IV. Wandel von der Wirtschaftsgemeinschaft zur Politischen Union . . . . .	250
1. EU – quasi-staatliches, föderales Gebilde, aber kein Staat . . . . .	251
2. Sektoralisierung – Verantwortungsdiffusion . . . . .	252
3. Kompetenzerweiterung des Parlamentes der EU – Zugewinn an Demokratie und Legitimation von Entscheidungen? . . . . .	255
4. Organisationsverfassung – Schlüssel für die Zukunft der EU . . . . .	258
D. Regierung und Parlament im Mehrebenensystem des deutschen Bundesstaates und der EU . . . . .	260
I. Gewaltenteilung im komplexen Mehrebenensystem . . . . .	260
1. Exekutivföderalismus: Nationale und regionale Parlamente als «Verlierer» . . . . .	262
2. Fortsetzung der Kompetenzverlagerung durch Übertragung von Hoheitsrechten . . . . .	263
3. Föderalismusreform I und II . . . . .	266
II. Gewaltenteilung: Herrschaftsbeschränkung und Herrschaftsermöglichung . . . . .	266
1. Ideengeschichtliche Grundlagen und bundesdeutsche Rezeption . . . . .	268
2. Verankerung im Grundgesetz . . . . .	269

3. Menschenrechtliche Komponente der Gewaltenteilung: Freiheit und Gleichheit als Fundament und Aufgabe des Staates . . . . .	270
4. Pragmatischer Umgang: Funktionsgerechte Organstruktur . . . . .	271
<b>III. Europäische und internationale Dimension der Gewaltenteilung . . . . .</b>	<b>272</b>
1. Wechselseitige Machtkontrolle: Rechts- und sachgerechtes Handeln der Exekutive . . . . .	273
2. Chancen und Risiken im Kooperationsspektrum des offenen Staates . . . . .	273
3. Druck auf das verfassungsstaatliche Gefüge: Reorganisation der Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft . . . . .	275
4. Diffusion und Verdünnung repräsentativdemokratischer Entscheidungs- und Legitimationszusammenhänge . . . . .	276
<b>E. Zwischenbilanz . . . . .</b>	<b>277</b>
<b>Vierter Teil Primat des Parlamentes? . . . . .</b>	<b>281</b>
<b>A. Demokratischer Parlamentarismus im offenen Staat . . . . .</b>	<b>281</b>
I. Veränderte internationale und nationale Rahmenbedingungen . . . . .	281
1. Neue globale Herausforderungen . . . . .	282
a) Internationale Friedenssicherung – internationaler Terrorismus als Problem . . . . .	284
b) Internationaler Standortwettbewerb . . . . .	286
c) Umwelt- und Klimaschutz . . . . .	288
2. Neue innenpolitische Herausforderungen . . . . .	292
a) «Wohlfahrtsstaat» als historische Zwischenphase – Konsolidierung der Demokratie . . . . .	292
b) Krise des Sozialstaates – Notwendigkeit institutioneller und struktureller Reformen . . . . .	292
c) Dezentrales Gestaltungs- und Vollzugskonzept: Grenzen parlamentarischer Gesetzgebung und Kontrolle . . . . .	293
3. Staat und Parlament unter Anpassungsdruck . . . . .	298
a) Wechselseitige Verwiesenheit von Innen- und Aussenpolitik . . . . .	299
b) Parlament – «gesteuerter Steuermann»? . . . . .	300
c) Veränderte Funktionsanforderungen . . . . .	302
d) Legitimation durch erfolgreiche inhaltliche Repräsentation . . . . .	306
II. Kooperativer Verfassungsstaat . . . . .	311
1. Nach aussen: Offener Staat zwischen Souveränität und Interdependenz . . . . .	313
a) Demokratische Legitimierung des europäischen Integrationsprozesses . . . . .	316
b) Internationale Kooperation: Dezentrale Struktur der Völkerrechtsordnung – Pluralität der Akteure . . . . .	320
2. Nach innen: Veränderungen der öffentlichen Gewalt . . . . .	322
<b>III. Entstaatlichung von Politik: Staatliche Souveränitätsverluste – partielle Funktionsverluste der nationalen Parlamente . . . . .</b>	<b>324</b>
1. Verlust des Monops der politischen Entscheidung . . . . .	324
a) Relativierung der äusseren und inneren staatlichen Souveränität . . . . .	325
b) Verlust des staatlichen Politikmonopols . . . . .	326
c) Europa: Relativ günstige (Ausnahme-) Bedingungen für Demokratie . . . . .	327
2. Funktionsverschiebungen in der bundesstaatlichen Kompetenzordnung . . . . .	327
a) Kooperativer Föderalismus . . . . .	327
b) Partielle Funktionsverluste der nationalen Parlamente . . . . .	328
c) Rückwirkungen auf die verfassungsrechtlichen Institutionen . . . . .	328

3. Verfassungsrechtlich problematische Dominanz der Regierung gegenüber dem Parlament . . . . .	329
a) Parlamentarische Gestaltungsdefizite – Verlust an demokratischer Substanz . . . . .	329
b) Schleichender Zentralisierungsschub – schleichende Entmachtung der nationalen Parlamente . . . . .	330
c) Stärkung des EP und der nationalen Parlamente – Demokratieprobleme der EU . . . . .	331
IV. Staatsverständnis i.S. des ermöglichen Staates («Gewährleistungsstaat») . . . . .	336
1. Änderung des verfassungs- und europarechtlichen Rahmens . . . . .	336
a) Formenwandel staatlicher Steuerung (Rahmensetzung) . . . . .	337
b) Neue Handlungsformen bzw. Bewirkungsformen – neue Rechtsformen . . . . .	337
2. Sicherung der Entfaltungsfreiheit – Selbstverantwortung im Rechtsstaat . . . . .	339
3. Verfassung als Freiheits- und Rahmenordnung . . . . .	339
a) Offene Kommunikation . . . . .	340
b) Grundrechte als wesentliche Determinanten – Gesetz als Instrument politischer Gestaltung . . . . .	341
c) Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft . . . . .	343
B. Kooperativer Staat . . . . .	344
I. «Partner Staat» . . . . .	344
1. Globalisierung schleift zentralstaatliche Informationsmonopole . . . . .	346
a) Föderalisierung, Dezentralisation und Dekonzentration . . . . .	347
b) Neupositionierung von Staat und Parlament . . . . .	348
c) Kooperation zwischen Parlament und Regierung . . . . .	351
2. Rückzug oder Rückkehr des Staates? . . . . .	364
a) «Multioptionsgesellschaft» – Wissensgenerierung und Regelungsbedarf . . . . .	364
b) Beteiligung Privater an öffentlichen Aufgaben . . . . .	364
c) Insbesondere im Präventions- und Risikostaat . . . . .	366
3. Institutioneller Gesetzesvorbehalt . . . . .	366
a) Sicherung von Verantwortungsklarheit und demokratischer Legitimation . . . . .	367
b) Einbindung privater Leistungsträger in die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben . . . . .	368
c) Überwirkende Legitimationsverantwortung des parlamentarischen Gesetzgebers . . . . .	368
II. Parlament in der arbeitsteiligen Staatsorganisation . . . . .	369
1. Parlament als Vertretung des ganzen Volkes . . . . .	369
a) Repräsentation des pluralistischen Staatsvolkes . . . . .	369
b) Bildung und Stabilisierung der Regierung (Kreationsfunktion) . . . . .	370
c) Konnex zwischen parlamentarischer Repräsentation und Herrschaft des Gesetzes . . . . .	374
2. Stärkung der Personalität des Menschen . . . . .	375
a) Gesetzgebung als Teilsteuierung . . . . .	375
b) Pluralisierung staatlicher Steuerungsinstanzen . . . . .	376
c) Verstärkung der Dezentralisierungs- bzw. Föderalisierungstendenzen in Staat und Verwaltung . . . . .	377
3. Politischer Gestaltungsauftrag des Parlamentes im Rahmen der Verfassungsordnung . . . . .	379

a)	Parlamentsgesetz als politisches Gestaltungsmittel . . . . .	379
b)	Rechtssetzung als arbeitsteiliger Prozess im multifunktionalen Staat – Parlament als Instanz der Kontrolle . . . . .	380
c)	Erstadressat der Freiheitsgrundrechte . . . . .	383
C.	«Entmachtung» der Parlamente? . . . . .	385
I.	Demokratischer Verfassungsstaat im Geflecht der internationalen Beziehungen . . . . .	385
1.	Funktionsverschiebungen in der gewaltenteiligen bundesstaatlichen Kompetenzordnung . . . . .	385
a)	«Auswärtige Gewalt» im Sog des innerstaatlichen Entscheidungs- prozesses . . . . .	385
b)	Entparlamentarisierung: Abwanderung von Kompetenzen vom Parlament zur Regierung . . . . .	386
c)	Politische Gestaltung im Dienst des Menschen – zentrale Rolle des Parlamentes . . . . .	392
2.	«Parlamentsentmachtung»: Historische Parallelen? . . . . .	394
a)	Kein neues Phänomen . . . . .	394
b)	Konstitutionelle Monarchie und Weimarer Republik . . . . .	395
c)	Nationalsozialismus: Deformation des demokratisch legitimierten Bundesstaates . . . . .	396
II.	Pragmatische Parlamentarismuskritik? . . . . .	397
1.	Verknüpfung von Repräsentations- und Gesetzeskritik . . . . .	397
2.	Silberstreifen am Horizont? . . . . .	399
D.	Zwischenbilanz: Wachsende Anforderungen an den Staat und seine leitenden Organe . . . . .	400
I.	Verfassungsmässiger Gestaltungsauftrag des Parlamentes . . . . .	400
II.	Stellung des Parlamentes in der arbeitsteiligen Rechtsetzung . . . . .	401
III.	Konkretisierung des öffentlichen Interesses . . . . .	403
IV.	Schwierige Erfüllung des Gestaltungs- bzw. Legitimationsauftrags . . . . .	404
<b>Fünfter Teil Perspektiven und Handlungsbedarf . . . . .</b>		407
A.	<b>Staat und Parlament im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel . . . . .</b>	408
I.	Staatliche Souveränität im Zeichen von Europäisierung und Privatisierung . . . . .	408
1.	Verwaltungskooperation auf europäischer und internationaler Ebene . . . . .	409
2.	Souveränität des pluralistischen (Staats-) Volkes als Legitimations- grundlage – Gewaltmonopol als konstituierendes Kriterium des Staates . . . . .	410
3.	Sicherung der externen und internen Handlungsfähigkeit des kooperativen Staates . . . . .	412
4.	Reform der staatlichen Entscheidungsstrukturen – Voraussetzung für strukturelle Reformen . . . . .	415
II.	Demokratischer Parlamentarismus – wachsende Legitimationsprobleme? . . . . .	422
1.	Verbundsföderalismus oder Gestaltungsföderalismus? . . . . .	423
a)	Funktionsdefizite des parlamentarischen Systems – fortbestehender Reformbedarf . . . . .	424
b)	Probleme der demokratischen Repräsentation – schwierige politische Kontrolle . . . . .	428
c)	Konnex zwischen Generierung von Steuerungswissen und Konsens- beschaffung . . . . .	430
2.	Demokratiegewinn durch Komplexität und Differenzierung . . . . .	432
a)	Individualisierung der politischen Präferenzen . . . . .	432

b) Rollenwandel der nationalen Parlamente . . . . .	435
c) Kompromisse und Koalitionen . . . . .	441
3. Kommunikations- und Integrationsfunktion . . . . .	442
a) Politische Führung und Integration . . . . .	442
b) Pluralistisches Demokratieverständnis . . . . .	444
c) Ungenügende parlamentsvermittelte Legitimation . . . . .	446
III. Europäische und internationale Dimension . . . . .	449
B. Repräsentationsproblem als Kommunikations- und Integrationsproblem . . . . .	452
I. Parlamentarisches System – Subsystem einer komplexen Verfassungsorganisation . . . . .	452
1. Kein Kontroll- und Repräsentationsmonopol des Parlamentes . . . . .	452
2. Verfassungsorgane als integrierende Bestandteile der Gesamtordnung . . . . .	453
3. Volksgesetzgebung als Ergänzung der parlamentarischen Repräsentation . . . . .	454
II. Diffuse Legitimationsleistungen . . . . .	454
1. Schwindende Bindungs- und Vermittlungskraft der politischen Parteien . . . . .	454
2. Mobilisierbarkeit, Legitimationsfähigkeit und Mitwirkungsbereitschaft der Bürger . . . . .	457
3. Partizipation der informierten Bürger . . . . .	457
III. Überforderter Staat . . . . .	459
1. Strapazierter gesellschaftlicher Grundkonsens . . . . .	459
2. Garantenstellung des Staates . . . . .	463
3. Geordneter Teilrückzug des Staates . . . . .	463
IV. Neudefinition der Rolle des Staates . . . . .	464
1. Vorfragen . . . . .	464
2. «Gewährleistungsstaat» . . . . .	465
3. Vertrauen in die selbstregulativen Kräfte der Gesellschaft . . . . .	466
C. Wandel des demokratischen Parlamentarismus: Kommunikations- und Integrationsfunktion . . . . .	468
I. «Partner Staat» . . . . .	468
1. Menschenwürde als «Staatsfundamentalnorm» . . . . .	468
2. Weniger Intervention – mehr Gewinn an Gestaltungsmacht . . . . .	469
3. Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft . . . . .	470
4. Neuorganisation der Aufgabenteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft . . . . .	471
II. Rahmenbedingungen parlamentarischer Legitimation . . . . .	474
1. Spannung zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit . . . . .	475
2. Relativierung der Stellung der nationalen Parlamente . . . . .	476
3. Grenzen ihrer Problemlösungskapazität – Vertrauen in der Bevölkerung . . . . .	480
4. Konnex von parlamentarischer Repräsentation und staatlicher Aufgabenerfüllung . . . . .	481
III. Parlament – zentrales, repräsentatives Vermittlungsorgan zwischen Volk und Government . . . . .	486
1. Parlamentarische Repräsentation: Politische Führung und Integration . . . . .	486
2. Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion . . . . .	487
3. Staatsleitungs- und Kontrollfunktion . . . . .	490
4. Legitimationsfunktion . . . . .	491

IV. Repräsentation als Kernfunktion . . . . .	493
1. Repräsentationsakt – eigenständiger, delegierter Vertretungsakt . . . . .	493
2. Repräsentation: Responsivität und politische Führung (Strategiefähigkeit) . .	494
3. Regierungsmehrheit und Opposition: Kreations- und Alternativfunktion . . .	495
4. Parlamentarische Verantwortung für die Organisation staatlicher Entschei- dungsprozesse . . . . .	498
<b>Schluss</b> . . . . .	501
1. Verfassungsrecht im politisch-historischen Kontext . . . . .	501
2. Überforderter Staat – überforderte Parlamente . . . . .	502
3. Grundrechte als wesentliche Determinanten – Gesetz als Instrument politischer Gestaltung . . . . .	503
4. Kooperationsoffener Staat . . . . .	504
5. Alternative Steuerungserfordernisse . . . . .	507
6. Stellung von Parlament und Regierung . . . . .	513
7. Demokratietheoretische Aspekte . . . . .	517
8. Organisationsverantwortung des Parlamentes . . . . .	519
9. Parlament als Vertretung des ganzen Volkes . . . . .	522
10. Repräsentation als Gestaltungsaufgabe – Stärkung des Parlamentes . . . .	525
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	527
Literaturverzeichnis . . . . .	535
Personenverzeichnis . . . . .	615
Sachverzeichnis . . . . .	619